



Warendorf, 03. März 2022

Die Deutsch-Russische Jugendinitiative DRJUG e.V., als Vertreter der jungen Zivilgesellschaften in Russland und Deutschland, verurteilt den Krieg der russischen Regierung gegen die Ukraine aufs Schärfste. Die völkerrechtswidrige Intervention der Russischen Föderation ist durch nichts zu rechtfertigen. Daher fordern wir den sofortigen Rückzug ausländischer Streitkräfte aus der Ukraine und das Niederlegen aller Waffen von allen Beteiligten.

„In diesen Tagen sind wir sehr besorgt um die Menschen in der Ukraine. Es sind unsere Mitglieder, Partner, ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Freunde und Familien die dramatisch unter den Kriegsbedingungen leiden. Gleichzeitig denken wir an die russische Zivilbevölkerung, zu der die Brücke des Austauschs nicht abbrechen darf. Einen nachhaltigen Frieden in Europa wird man jedoch nur erreichen können, wenn vor allem die russische Zivilgesellschaft dabei unterstützt wird, eine Veränderung in ihrem Land zu erreichen.“, betont Beatrice von Braunschweig, deutsche Co-Vorsitzende von DRJUG e.V. Wir sehen nicht, wie ein Jugendaustausch in der derzeitigen Situation stattfinden kann. Aus diesem Grund stellen wir unsere Projekte vorerst ein.

Die Scherben dieses Krieges wird die junge Generation in Deutschland, Russland und der Ukraine wieder zusammenkleben müssen. Deshalb ist es umso wichtiger gerade jetzt den Anschluss an die junge Generation Russlands nicht zu verlieren.

DRJUG e.V. fordert daher, auch weiterhin junge Russ*innen in das Internationale Parlamentsstipendium (IPS) des Deutschen Bundestags einzubinden. Dieses Programm ist eine Säule internationaler Verständigung und dient unmittelbar der Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Erfahrungsgemäß prägt dieses Programm junge Menschen, bestärkt sie in ihren Wünschen nach einem freiheitlichen demokratischen Leben und ermutigt sie, dies in ihrem Land voranzubringen. Daher bittet DRJUG e.V. den Deutschen Bundestag, seinen Beschluss im Rahmen des Sanktionspakets zum Ausschluss der russischen Teilnehmer*innen nochmals zu überdenken, um jungen russischen Menschen diese Erfahrungen zu ermöglichen. Eine entsprechende Entscheidung des DAAD das Stipendienprogramm an russische Staatsbürger*innen weiterhin anzubieten begrüßt die Deutsch-Russische Jugendinitiative daher ausdrücklich.

Darüber hinaus äußert sich DRJUG e.V. besorgt wegen einer möglichen Aufhebung oder einer Nicht-Verlängerung russischer Visa und Aufenthaltserlaubnisse für in Deutschland lebende Russ*innen. „Menschen mit russischer Staatsbürgerschaft, die in Europa studieren oder arbeiten und demokratische Werte teilen, sollten nicht zu Leidtragenden der derzeitigen Situation werden.“, betont Mikhail Polianskiy, russischer Co-Vorsitzender von DRJUG e.V. Viele russische Staatsbürger*innen in Deutschland stützen nicht nur unser alltägliches Wirtschaften durch ihre Arbeitskraft, sondern stellen eine wichtige Brücke in die russische Gesellschaft dar. Dieses Gerüst darf gerade jetzt nicht eingerissen werden, sondern muss zum Erhalt menschlicher Beziehungen und internationaler Verständigung garantiert werden.

Außerdem appelliert DRJUG e.V., bilaterale Städtepartnerschaften aufrecht zu erhalten. Auch für diese Kooperation gilt selbstverständlich, dass kein Austausch stattfinden kann, während

Германо-Российская
молодёжная инициатива



Deutsch-Russische
Jugendinitiative e.V.

der Krieg in der Ukraine herrscht. Aber auch, wenn in diesen Tagen des schrecklichen Krieges derartige Austauschprojekte fern scheinen, so bilden sie doch ein wichtiges Netz zivilgesellschaftlicher Kontakte. Austauschprojekte lokaler Unternehmen, Sportvereine und der Jugend eröffnen in beiden Ländern vielen Menschen die Möglichkeit, internationale Verständigung selbst zu erleben und zu gestalten. Diesen Trumpf kommunaler Städtepartnerschaften müssen wir erhalten, als weitere Kraft vergangener und zukünftiger Deutsch-Russischer Beziehungen.

Bei all diesen Sorgen ist es aktuell am wichtigsten, den Krieg in der Ukraine zu stoppen, die ukrainische Bevölkerung zu schützen und zu unterstützen. Der Beitrag, den junge Menschen auf der ganzen Welt, vor allem in Europa aber auch in Russland durch friedliche Kundgebungen gegen den Krieg, Spenden für humanitäre Hilfe sowie mit Maßnahmen zur Hilfe für Geflüchteten leisten, ist ausdrücklich zu begrüßen und unterstützen. Wir glauben an die Kraft und den Zusammenhalt der Zivilbevölkerung und an Menschen, die im Frieden leben wollen.

We stand with Ukraine.